

Neue NRW-Regierung: GdP fordert nachhaltige Reduzierung der Arbeitszeit

Die Zeichen stehen auf Schwarz-Grün: Am 28. Juni, also nach Redaktionsschluss dieser DP-Ausgabe, sollte Hendrik Wüst (CDU) vom Landtag als Ministerpräsident wiedergewählt werden. Seit dem 31. Mai hatten Christdemokraten und Grüne über die Bildung einer neuen Landesregierung verhandelt – und bemerkenswert rasch Einigkeit signalisiert. Für NRW ist diese politische Konstellation Neuland. Wichtigstes Ziel der neuen Landesregierung soll der ökologische Umbau sein. NRW soll zum ersten klimaneutralen Industrieland in Europa werden. In der Innenpolitik machte bereits ein nach den Sondierungsgesprächen veröffentlichtes Papier erste inhaltliche Festlegungen deutlich. Vieles davon trägt die Handschrift der CDU, aber auch die Grünen haben eigene Forderungen durchsetzen können. Bei der Reduzierung der Arbeitszeit müssen dagegen beide Parteien noch liefern. Damit hier endlich etwas passiert, hat sich die GdP bereits beim Start der Koalitionsverhandlungen unüberhörbar zu Wort gemeldet.

Klares Bekenntnis zur Stärkung der Polizei

In der vergangenen Legislaturperiode gehörte die Innenpolitik zu den zwischen CDU und Grünen besonders heftig umstrittenen Themen. Noch im Wahlkampf hatten die Grünen dem bisherigen und wahrscheinlich auch künftigen Innenminister Herbert Reul (CDU) vorgeworfen, in der Innenpolitik stark auf Showeffekte zu setzen und die Freiheitsrechte der Bürger unzulässig einzuschrän-

ken. Ginge es nach den Grünen, müssten das in der vergangenen Legislaturperiode vom Landtag beschlossene Polizeigesetz und das neue Versammlungsgesetz entschärft werden. Zudem haben sich die Grünen immer wieder gegen den Taser und gegen den Begriff der Clankriminalität ausgesprochen.

Viele der bislang zwischen beiden Parteien strittigen Punkte tauchen im Sondierungspapier gar nicht erst auf. Stattdessen heißt es im Eingangssatz des Kapitels Innen und Justiz: „Wir stehen für eine grundwerteorientierte Sicherheitspolitik und die konse-



quente Durchsetzung des Rechts.“ Konkret benannt werden drei Handlungsfelder: Die Bekämpfung des Kindesmissbrauchs soll kriminalpolitischer Schwerpunkt bleiben, die Organisierte Kriminalität, die Geldwäsche und Steuerkriminalität sollen konsequent bekämpft werden und der Rechtsextremismus wird als „größte Gefahr für unsere Demokratie“ bezeichnet. Zudem versprechen CDU und Grüne, in der kommenden Legislaturperiode jedes Jahr „3 000 Polizeikräfte“ einzustellen und die Abbrecherquote bei der Polizeiausbildung zu senken.

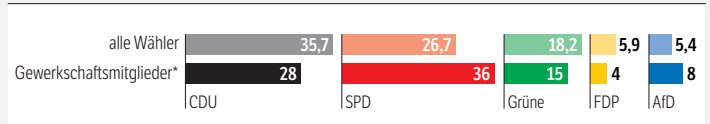
Das von den Grünen abgelehnte Versammlungsgesetz bleibt dagegen erst einmal weiter in Kraft. Es soll aber Ende 2023 „unabhängig und wissenschaftlich evalu-



Schwarz-Grün: Bei Gewerkschaftsmitgliedern keine Mehrheit

Bei der Landtagswahl am 15. Mai haben CDU und Grüne fast 54 Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern waren es dagegen nur 43 Prozent.

Stimmen bei der Landtagswahl 2020 in NRW (in Prozent)



* alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch Beamtenbund etc.)
Quelle: DGB Infoservice einblick/Forschungsgruppe Wahlen



iert“ werden. Durchsetzen konnten sich die Grünen mit der Forderung nach Einsetzung eines „unabhängigen Polizeibeauftragten“, der beim Landtag angesiedelt werden soll. Zudem sollen „bestehende Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) geschlossen werden.“

Kein Konzept für die Zukunft des öffentlichen Dienstes

Zu einer grundlegenden Kurskorrektur in der Inneren Sicherheit wird es somit also vermutlich nicht kommen. Aus Sicht der GdP ist das eine positive Entwicklung. Kritisch zu bewerten ist dagegen das völlige Fehlen von Ideen zur Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Dass Einzige, was CDU und Grünen dazu in ihrem Sondierungspapier eingefallen ist, ist die Ankündigung, die Meisterausbildung in Zukunft als gleichwertig mit dem Bachelorstudium anzuerkennen. Zudem soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Vom Abbau der überlangen Arbeitszeit bei der Polizei, von besseren Aufstiegschancen und ei-

ner Reform des Zulagenwesens steht im Eckpunktepapier hingegen kein Wort.

Aus Sicht der GdP ist das vollkommen inakzeptabel. Denn ohne nachhaltige strukturelle Verbesserungen hat der öffentliche Dienst in NRW keine Zukunft. Gleich zu Beginn der Koalitionsverhandlungen hat die GdP deshalb mit einer kleinen Demonstration vor dem Verhandlungsort für die Abschaffung der 41-Stunden-Woche bei den Beamtinnen und Beamten geworben. Wir fordern als ersten Schritt die 38,5-Stunden-Woche für alle Beschäftigten bei der Polizei. In weiteren Schritten muss dann die Arbeitszeit nach und nach auf 35 Stunden sinken. Das Geld dafür ist da, weil die Steuereinnahmen des Landes in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen werden („Das Geld für eine deutliche Arbeitszeitreduzierung ist da“, Seite 4).

Mit unserer Aktion sind wir nicht nur bei den Medien, sondern auch bei den Spitzenvertretern der Parteien auf ein starkes Interesse gestoßen. Noch vor Beginn der ersten Verhandlungsrunde haben nicht nur die Vorsitzende der Grünen, Mona Neubaur, und deren innenpolitische Sprecherin Verena Schäffer, sondern auch Ministerpräsident

Hendrik Wüst und Innenminister Herbert Reul, beide CDU, das Gespräch mit der GdP gesucht.

Langer Atem gefragt

Eingeführt worden ist die 41-Stunden-Woche für die Beamten vor fast 20 Jahren unter dem damaligen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück (SPD). Angeblich als vorübergehende Maßnahme zur Schließung einer kurzfristigen Haushaltslücke. Für die GdP steht fest: Es muss endlich Schluss sein mit der 41-Stunden-Woche! Deshalb fordern wir von der neuen Landesregierung einen verbindlichen Zeitplan, wie die überlange Arbeitszeit im öffentlichen Dienst Schritt für Schritt zurückgeführt wird.

Dass wir mit unserer Forderung auch auf Widerstand stoßen werden, ist uns bewusst. Aber die GdP steht dafür, dass wir Widerstände überwinden. Damit diese Botschaft bei den Politikerinnen und Politikern ankommt, wird die GdP ihre Mitglieder in den kommenden Wochen und Monaten zu weiteren Aktionen aufrufen. Denn es geht um die Arbeitszeit von uns allen. ■

Es reicht! 20 Jahre sind genug!



Peer Steinbrück war kein Freund der Beschäftigten. 2003 hat der damalige SPD-Ministerpräsident nicht nur das Pensionsalter der Polizistinnen und Polizisten um zwei Jahre nach hinten verschoben, sondern per Gesetz auch die wöchentliche Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten von 38,5 auf 41 Stunden erhöht. Angeblich als vorübergehende Maßnahme zur Stopfung von Haushaltslöchern. Fast 20 Jahre später hat sich daran noch immer nichts geändert. Noch immer müssen Polizistinnen und Polizisten in NRW 41 Stunden in der Woche arbeiten, obwohl es kein einziges Schichtdienstmodell gibt, das bei einer 41-Stunden-Woche nicht unweigerlich zu massiven Gesundheitsschäden führt. Die GdP wird das nicht länger hinnehmen! Wir fordern, dass CDU und Grüne in einen verbindlichen Zeitplan festlegen, wie die überlange Arbeitszeit bei der Polizei endlich reduziert wird. Nicht nur für die Polizistinnen und Polizisten, sondern auch für die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten der Polizei.

Dass die Politik eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst ankündigt, um am Ende nichts auf den Tisch zu legen, darf sich nicht wiederholen. Deshalb war die Protestaktion, mit der wir die Forderung nach einer kürzeren Arbeitszeit auf die politische Agenda gesetzt haben, erst der Anfang.

Wer Kontakt zu führenden Politikern hat, weiß, dass unser Protest bereits zu wirken begonnen hat. Inzwischen haben auch die Politiker erkannt, dass ein Aussitzen der Arbeitszeitfrage den öffentlichen Dienst nicht retten kann. Sondern dass der öffentliche Dienst nur dann eine Zukunft hat, wenn er bei der Arbeitszeit mit anderen Branchen mithalten kann. Für die GdP zählt dazu übrigens auch die Einführung eines Ruhestandskorridors. Damit jeder ohne Nachteile bei der Altersversorgung selber entscheiden kann, wann er zwischen 60 und 65 Jahren aus dem Berufsleben ausscheidet.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass die Durchsetzung kürzerer Arbeitszeiten viel Kraft erfordern wird. Wir werden die 35-Stunden-Woche nur dann erreichen, wenn jeder und jede sich dafür starkmacht. Macht mit bei den Aktionen der GdP! Es geht um eure Arbeitszeit!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender



Unfall- und Fehlerrisiko steigt schon ab der 9. Arbeitsstunde eines Tages stark an

Ist die 41-Stunden-Woche noch zeitgemäß? Nachgefragt bei Frank Brenscheidt, Arbeitszeitexperte bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Dortmund.



Seit bald 20 Jahren gilt die 41-Stunden-Woche für Beamte in NRW. Wenn man auf den Stand der arbeitsmedizinischen Forschung blickt: Ist sie überhaupt noch zeitgemäß?

Tendenziell steigt mit zunehmender Länge der Arbeitszeit der Anteil der Beschäftigten, die gesundheitliche Beschwerden berichten. Die Länge der Arbeitszeit wirkt über verschiedene Mechanismen auf die Gesundheit der Beschäftigten und die Sicherheit bei der Arbeit. Über den Arbeitstag hinweg werden Ressourcen sowie Energie verbraucht und Ermüdung nimmt zu, die Aufmerksamkeit nimmt ab und die Müdigkeit steigt an. Umfassend belegt ist, dass die Dauer der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit mit der Höhe des Risikos für Fehlhandlungen und arbeitsbedingte Unfälle zusammenhängt. Nicht nur unter dem Gesundheitsaspekt auch unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt die Ausdehnung der Arbeitszeit große Herausforderungen an die Beamtinnen und Beamten.

Welche gesundheitlichen Risiken bergen Wochenarbeitszeiten von 40 Stunden und mehr?

Als eigentlich kritische Belastungsmarke gelten längerfristig 48 Wochenstunden. So werden von Beschäftigten mit überlangen Arbeitszeiten häufiger gesundheitliche Beschwerden wie Rücken- und Kreuzschmerzen, Schlafstörungen, Müdigkeit, Niedergeschlagenheit sowie Erschöpfung berichtet. Gesundheitliche Beschwerden treten aber häufig mit einer zeitlichen Verzögerung auf. Sie müs-

sen aber auch nicht auftreten, wir reden hier über Risiken.

Von 48 sind die 41 Stunden noch ein Stück von entfernt ...

Das stimmt. In verschiedenen Bereichen der Polizei kommen aber immer wieder zu langen täglichen Arbeitszeiten noch Überstunden „on top“. Das Unfall- und Fehlerrisiko steigt schon ab der neunten Arbeitsstunde eines Tages exponentiell an.

Was bedeutet die 41-Stunden-Woche insbesondere für den Wach- und Wechseldienst mit seinen wechselnden Arbeitszeiten?

Nacht- und Schichtarbeit können – für den Großteil der Beschäftigten – als eine Art chronischer Jetlag begriffen werden. Fehlender Schlaf kann bereits per se den Stoffwechsel und das Immunsystem beeinflussen. Das Leben gegen die innere Uhr – also Schlafen am Tag oder Nahrungsaufnahme, körperliche Aktivität sowie Lichtexposition während der Nacht können für die Gesundheit schädlich sein und stellen für die Beamten eine zusätzliche Belastung da. Daher ist auf die Länge der Arbeitszeit im Wach- und Wechseldienst ein besonderes Augenmerk zu richten. Auch sind ergonomische Schichtmodelle, die insbesondere nach dem Nachtdienst ausreichend Erholung ermöglichen, bei langen Wochenarbeitszeiten schlecht umzusetzen. Das gelingt bei kürzeren Wochenarbeitszeiten wesentlich besser. Nehmen Sie die Autobranche oder die Metall- und Elektrobranche, die ihren Beschäftigten

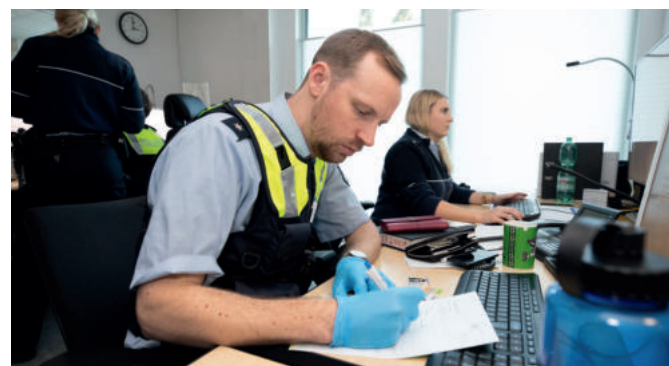
unterschiedliche Modelle auch mit 32 Stunden anbieten. Hier ist eine adäquate Erholung besser möglich.

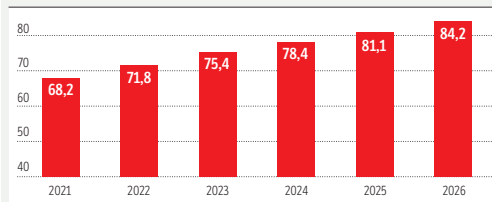
Auch in vielen anderen Bereichen der Polizei ist die physische, aber auch die psychische Belastung sehr groß. Die Bekämpfung von Missbrauch ist ein Beispiel, die Arbeit in Einsatzhundertschaften ein weiteres... Wie wichtig sind hier ausreichende Ruhephasen?

Klare Antwort: immens wichtig. Wir müssen Arbeitszeitgestaltung immer auch von der Erholungsseite her denken. Um bei den genannten Beispielen zu bleiben – die Belastung bei der Begleitung eines G7-Gipfels mit Demonstrationen oder bei der Sichtung von Missbrauchsbildern ist sehr groß. Also muss die Erholung zeitnah und ausreichend erfolgen.

Welche Empfehlungen können sie also für die Wochenarbeitszeit der Beamten in NRW geben?

Bei der Gestaltung der Arbeitszeit geht es aber nicht nur um die Dauer der Arbeitszeit, auch Planbarkeit und Vorhersehbarkeit sind ganz wichtige Faktoren so wie eine präventive Pausengestaltung. Die Dienststellen stehen vor immer mehr wachsenden polizeilichen Herausforderungen. Anhand der medizinischen Eingangsbefragungen wissen wir von den Polizeivollzugsbeamten: Sie gehen gesund und topfit in dieses Arbeitssystem hinein. Weil Arbeit nicht krankmachen darf, muss es das Ziel sein, sie auch gesund in Rente zu bringen. Eine kürzere Wochenarbeitszeit kann hier ein wichtiges Instrument sein. ■



Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2022 (in Milliarden Euro)

Quelle: Finanzministerium NRW



Das Geld für eine deutliche Arbeitszeitreduzierung ist da!

Als 2003 die damalige rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten in NRW einseitig von 38,5 Stunden auf 41 Stunden in der Woche erhöht hat, hieß die lapidare Begründung: Dem Land drohe die Pleite. Die Beamten müssten deshalb einen zeitlich befristeten Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen leisten. Seitdem ist es in NRW nicht nur wiederholt zu einem Regie-

lungswechsel gekommen, sondern auch die Steuereinnahmen sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer mehr gestiegen.

Alleine in diesem Jahr wird das Land 3,6 Milliarden Euro mehr an Steuern einnehmen als im Jahr zuvor. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden es sogar 16 Milliarden Euro mehr sein. Zum Vergleich: Für die Polizei gibt das Land 3,89 Milliarden Euro im Jahr aus – einschließlich der Personal-

kosten. Also genauso viel, wie der Steuerzuwachs alleine in diesem Jahr ausmacht. Geändert hat sich an der überlangen Arbeitszeit bei der Polizei trotzdem nichts.

Die GdP wird deshalb die Abschaffung der 41-Stunden-Woche zu einem der Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit in der kommenden Legislaturperiode machen. Egal auf welche Details sich die beiden künftigen Regierungsparteien CDU und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag einigen werden. ■

Missbrauchsfall Wermelskirchen: Politiker wollen IP-Adressen der Täter nicht länger schützen

Bereits seit 2017 liegt die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland auf Eis, weil die Bundesregierung erst die noch immer ausstehende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) abwarten will. Jetzt ist durch den Missbrauchsskandal von Wermelskirchen Bewegung in die politische Debatte gekommen: Ende Mai haben sich fast zeitgleich nicht nur NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), sondern auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) dafür ausgesprochen, dass die Internetprovider verpflichtet werden, bei schwerem sexuellem Missbrauch von Kindern der Polizei die Klarnamen der Täter zur Verfügung zu stellen, die sich hinter der IP-Adresse verbergen, über die die Missbrauchsfotos getauscht worden sind. Strittig ist allerdings immer noch das Verfahren. Während Reul eine generelle

Speicherpflicht der IT-Unternehmen fordert, favorisiert die Berliner Ampelregierung das sogenannte Quick-Freeze-Verfahren, bei dem erst ein Anfangsverdacht vorliegen muss, bevor ein Internetprovider verpflichtet werden kann, die Verbindungsdaten zu speichern.

Aus Sicht der GdP ist das zu wenig, weil dadurch nur Täter überführt werden können, deren Tat erst kurze Zeit zurückliegt oder die noch immer Kinder missbrauchen. Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ) erinnerte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens deshalb noch einmal an die Forderung der GdP, dass beim sexuellen Missbrauch von Kindern der Täterschutz nicht vor Opferschutz kommen darf. Im Missbrauchsfall von Wermelskirchen war aber genau das passiert: Der Hauptverdächtige war den Kripobeamten bereits seit mehreren Monaten be-

kannt, sie konnten seine IP-Adresse aber keiner konkreten Person zuordnen. Mertens fordert deshalb, dass wir bei der Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern die Freiheit beim Datenschutz aufgeben müssen, um die Kinder besser schützen zu können.

Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Allein im vergangenen Jahr sind der Polizei bundesweit mehr als 39 000 Missbrauchsfälle bekannt geworden. Aber das ist nur das Hellfeld. Dass mit Lügde, Bergisch-Gladbach, Münster und jetzt mit Wermelskirchen besonders viele Missbrauchsskandale den Namen von NRW-Städten tragen, liegt nicht daran, dass es in anderen Bundesländern keine Missbrauchsfälle gibt, sondern schlicht daran, dass die Polizei in NRW seit Lügde beim Kindesmissbrauch genauer hinschaut. ■

Taser muss rasch flächendeckend eingeführt werden



Längst hat sich der Taser bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen bewährt – jedenfalls dort, wo er zur Verfügung steht. Die Erfahrungen bei den Behörden, die bereits über das sogenannte Distanz-Elektroimpulsgeräte (DEIG) verfügen, sind eindeutig: In den allermeisten Fällen reicht schon die Drohung mit einem Taser, um Gewalttäter zu stoppen und Einsatzkräfte wie Umstehende zu schützen.

Beispiele? In Düsseldorf stoppten Polizisten mit dem DEIG einen aggressiven Betrunkenen, der zuvor mit einer Glasflasche nach

ihnen geworfen und einen unbekanntem Gegenstand gezückt hatte. In Dortmund konnten Beamte durch die Drohung mit dem Taser eine wilde Kneipenschlägerei unter Kontrolle bringen.

Ebenfalls in Dortmund konnten Polizisten bereits im vergangenen Herbst einen Suizidversuch mit einem Messer unterbinden. Und in Köln überwältigten Einsatzkräfte vor wenigen Wochen mit dem DEIG einen mutmaßlich unter Drogen stehenden Tatverdächtigen (24), der zuvor einen Mann mit einem Messer lebensgefährlich verletzt hatte.



Ebenso gibt es Beispiele, in denen der Taser schmerzhaft vermisst wird, weil er in der jeweiligen Behörde bislang nicht zur Verfügung steht. So wurden zwei Beamte im Ennepe-Ruhr-Kreis Ende Mai von einem aggressiven Mann derart verletzt, dass sie nicht mehr dienstfähig waren – Pfefferspray hatte ihn nicht beeindruckt. Und am Hagener Hauptbahnhof mussten Polizisten einem Randalierer mit der Schusswaffe dro-

hen. Er hatte mit Flaschen geworfen und ein Messer bei sich.

Für die GdP ist klar: Der Taser muss bei den Polizeibehörden in NRW schnellstmöglich flächendeckend eingeführt werden. Bei den bislang ausgewählten 18 Behörden darf es nicht bleiben. „Taser sind ein enorm wichtiges Mittel zur Eigensicherung“, erklärt der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens. Schutzrüstung müs-

se allen Polizisten gleichermaßen zur Verfügung stehen.

Mertens macht das mit einem Vergleich anschaulich: „Schutzhelme kann man auch nicht den einen Kradfahrern zur Verfügung stellen und den anderen vorenthalten.“ Die flächendeckende Einführung des Tasers bei der Polizei in NRW ist eine dringende Aufgabe der künftigen Landesregierung. ■

Zuständigkeiten im Vorstand festgelegt

Gewerkschaftsarbeit ist Teamarbeit. In seiner ersten Klausursitzung nach dem Landesdelegiertentag hat der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP (GVS) deshalb Anfang Juni die Aufgabenbereiche der einzelnen Vorstandsmitglieder für die kommenden vier Jahre festgelegt.

Landesvorsitzender Michael Mertens ist auch in Zukunft für die Gewerkschaftspolitik, die Gesellschafts- und Sozialpolitik, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie den Bereich Organisation zuständig. Auch bei den vier stellvertretenden Landesvorsitzenden hat es keine Veränderungen der Zuständigkeiten gegeben. Michael Maatz vertritt weiterhin die Bereiche Fort- und Ausbildung, Gewerbliche Bildung, Recht/Rechtsschutzkommission sowie zusammen mit Frank Schniedermeier die Kripo. Markus Robert ist für die

Zusammenarbeit PHPR/GdP, das Personalvertretungsrecht und das Thema Laufbahnwechsel zuständig. Heiko Müller kümmert sich um den Bereich Verkehr und Jutta Jakobs um den Tarifbereich und das Tarifrecht.

Landeskassierer Lorenz Rojahn ist neben dem Bereich Haushalt und Finanzen auch für den Bereich Werbung/Mitgliederservice und das Thema Versicherungen zuständig, sein Stellvertreter Frank Schniedermeier ist zusammen mit Michael Maatz auch für die Kripo zuständig. Landesschriftführerin Meike to Baben

kümmert sich um den Wach- und Wechseldienst und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Niederlanden, ihr Stellvertreter Andreas Pein um die Bereitschaftspolizei und die Sonderdienste. Vorstandsmitglied Patrick Schlüter ist für das Beamten- und Versorgungsrecht, das Laufbahnrecht und die Verwaltungsbeamten zuständig. Dirk Schade, der im Mai neu in den GVS gewählt worden ist, hat die Bereiche Arbeitsschutz, Gesundheitsmanagement und die Vertrauensleute übernommen.

In der GdP haben die Personengruppen eine herausragende Funktion. Ihre Arbeit wird deshalb kontinuierlich durch ein GVS-Mitglied unterstützt. Für die Frauengruppe übernimmt diese Aufgabe in den kommenden vier Jahren Patrick Schlüter, für die Junge Gruppe Michael Maatz und für die Seniorengruppe Heiko Müller.



Alle Funktionen auf einen Blick:

gdp-nrw.de (Pfad: GdP NRW, Landesbezirksvorstand)

Fachoberschule Polizei startet im August

Am 1. August startet an elf Berufskollegs in NRW der neue schulische Bildungsgang Fachoberschule Polizei (FOS Polizei). In dem zweijährigen Bildungsgang erwerben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Fachhochschulreife und damit die Zugangsvoraussetzung für das anschließende Bachelorstudium bei der Polizei.

Sinn des noch von der alten, schwarz-gelben Landesregierung auf den Weg gebrachten Bildungsgangs ist es, jungen Menschen mit einem mittleren Bildungsabschluss einen zusätzlichen Zugang zur Polizei zu erschließen. Gleich

im ersten Jahr durchlaufen die Teilnehmer deshalb ein Praxisjahr (Praktikum) bei der Polizei. Im zweiten Jahr werden vor allem Kenntnisse in den allgemeinbildenden Hauptfächern vertieft.

Ein Konzept, das bei den jungen Menschen, die zur Polizei kommen wollen, für die aber das Abitur oder eine Berufsausbildung nicht der richtige Weg ist, gut angekommen ist: Fast 2 500 junge Menschen haben sich für die neue Fachoberschule Polizei beworben. 340 von ihnen wurden genommen.

Die ersten Schritte bei der Polizei sind immer die wichtigsten. Das gilt auch für die

Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule Polizei. Deshalb wird die GdP ihnen von Anfang an mit Rat und Tat zur Seite stehen. Sowohl in den Berufskollegs als auch im Praktikum werden ihnen Vertrauensleute und erfahrene Personalräte der GdP, aber auch Mitglieder der Jugendauszubildendenvertretung als Ansprechpartner bei schulischen und beruflichen Fragen helfen.

Mehr Infos gibt es bei den Kreisgruppen vor Ort und in der Abteilung Mitgliederservice des Landesbezirks: Tel.: (0211) 29101-24, E-Mail: werbung@gdp-nrw.de ■



Fördermitgliedschaften: „Ein schönes Zeichen der Wertschätzung“

Mehr und mehr Menschen bringen ihre Verbundenheit mit der GdP und dem Polizeiberuf an sich durch eine Fördermitgliedschaft zum Ausdruck. Aktuell zählt der GdP-Landesbezirk NRW 184 Fördermitglieder. „Für uns ist das ein schönes Zeichen der Wertschätzung“, sagt Landeskassierer Lorenz Rojahn.

Der Beitrag der Fördermitglieder ist gestaffelt, in der Regel geht es ab zehn Euro los. Mit Ausnahme des Rechtsschutzes können sie alle Leistungen der GdP nutzen, auch die Vergünstigungen durch Kooperationspartner. Vorgeschlagen werden Fördermitglieder von den Kreisgruppen vor Ort, über die Aufnahme entscheidet der Geschäftsführende Landesvorstand. Unter den Förderern sind viele Kaufleute und Handwerker.

Einer von ihnen ist Thomas Seppelfricke aus Gelsenkirchen – und das schon seit vielen Jahren. Nach der Fußball-WM 2006 in Deutschland ist der Friedhofsgärtner För-

dermitglied geworden. Seppelfricke hat seit mehr als dreieinhalb Jahrzehnten viele Kontakte in die Polizei, ist ihr auch familiär verbunden.

„Mein Onkel war bei der Polizei und mein Vetter PI-Leiter hier in Gelsenkirchen“, erzählt der 59-Jährige. Bei der WM 2006 hatte er gemeinsam mit der örtlichen GdP-Kreisgruppe eine Halle seiner Gärtnerei leergezogen und dort ein „Cop-Camp“ eingerichtet. Polizisten konnten sich dort in Einsatzpausen zurückziehen, erfrischen und selbst auch mal ein paar Takte einer Fußballübertragung verfolgen.

Das Angebot wurde im harmonischen, aber eben auch sehr heißen Fußballsommer gerne angenommen. Medien aus aller Welt berichteten. „Wir haben fast fünf Wochen lang eine tolle Zeit erlebt“, erinnert sich Seppelfricke.

Der Gelsenkirchener ist mit der Polizei „immer nur im positiven Sinne in Berührung“ gekommen: „Ich habe die Polizei stets

als interessanten und guten Partner erlebt“, sagt Thomas Seppelfricke. Wenn Polizisten respektlos begegnet wird, dann ärgert ihn das sehr. ■



DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe ist der 7. Juli.**

Sommerurlaub noch nicht gebucht?

**Dann rufen Sie schnell
in Ihrem GdP-Reisebüro an,
wir freuen uns auf Sie.**

**GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp-reiseservice.de**



REISE-SERVICE
GdP-Service-GmbH NRW



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Juli erhalten
einen Thalia Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 11802, Paderborn
45 7363, Warendorf
45 24692, Märkischer Kreis

Neue Rechtsschutzkommission nimmt Arbeit auf

Rechtsschutz bedeutet für eine Gewerkschaft wie die GdP gelebte Solidarität. Die Gemeinschaft steht dem Einzelnen bei, etwa weil er zu Unrecht beschuldigt wurde oder weil er im Dienst verletzt wurde oder oder oder ... Mehr als 2 000 Anträge auf Rechtsschutz erreichen die GdP Jahr für Jahr. Wenige Dutzend werden abgelehnt, weil zum Beispiel ein dienstlicher Zusammenhang nicht erkennbar ist.

Im Einzelfall ist das jedoch nicht immer ganz klar. In solchen Grenzfällen entscheidet dann die Rechtsschutzkommission, ob Rechtsschutz gewährt wird – eine wichtige Aufgabe. Das vom Landesdelegiertentag gewählte Gremium vereint Kollegen, die meist

über jahrzehntelange Erfahrung im Polizeidienst verfügen und mit den Augen der Praktiker auf das Geschehen blicken.

Die Rechtsschutzkommission entscheidet jährlich über 100 bis 150 Fälle. Nach dem Landesdelegiertentag Anfang Mai trat die neu gewählte Kommission jetzt erstmals in der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf zusammen. Bisherigen Mitgliedern, die jetzt ausscheiden, wurde für ihr Engagement gedankt.

Neue ständige Mitglieder der Rechtsschutzkommission sind Reiner Müller (BV Aus- und Fortbildung), Dirk Lennertz (BV Köln) und Markus Schmid (BV Münster).



Ersatzmitglieder sind Siegfried Pfenniger (BV Arnsberg), Michael Schröter (BV Detmold) und Sascha Müllers (BV Düsseldorf).

Ausgeschieden sind Tanja Klein (BV Köln), Peter Dießelhorst (BV Detmold) und Volker Zuchowski (BV Münster). ■

Anzeigen

AWO ambulanz
Gesundheitlich Ruhr-Region

Gute Pflege ist uns wichtig!

- **Ambulante Pflege zu Hause**
- **Pflegerische Hilfen/ Haushaltshilfe (SGB XI)**
- **Pflegeberatung**

Jetzt informieren:
Tel. 02323/58 50 11-5
www.awo-ambulanz.ruhr

Unterwegs in
Herne, Bochum,
Castrop-Rauxel und
Gelsenkirchen

Claudia Wiencken GmbH Fruchtpackerei

Dessauer Str. 10
20457 Hamburg

Tel. +49 40 7890667
Fax +49 40 782947

www.claudawiencken-fruchtpackerei.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Essen/Mülheim:

9. August 2022, 15:00 Uhr, Sommerfest für die Senioren mit Jubilarerhrung der Pensionäre im Festsaal des Hotels Franz, Steeler Str. 261, 45138 Essen. Anmeldung im GdP-Büro (Di.-Fr., 9:00 bis 12:00) unter Tel.: (0201) 829-2480.



Regelmäßige Seniorentermine unter gdp-nrw.de

(Pfad: GdP NRW. Seniorengruppe, Seniorenkalender).